

STATISTIK- TAGE

Fotos: Nawr12, Magnus Gerthemper

2016
BAMBERG | FÜRTH

Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland

Messung, Befunde und Maßnahmen

21. und 22. Juli 2016

Aula der Universität Bamberg

Impressum

StatistikTage Bamberg|Fürth 2016

Organisation

Bayerisches Landesamt für Statistik
Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Ansprechpartnerin

Dr. Doreen Zillmann
Telefon 0911 98208-238
E-Mail statistiktage@statistik.bayern.de
Internet www.statistik.bayern.de/statistiktage2016

© **Bayerisches Landesamt für Statistik, München 2016**
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Donnerstag, 21. Juli 2016

- 12:00 Uhr **Registrierung, Begrüßungskaffee**
- 13:00 Uhr **Grußworte**
Präsidentin Marion Frisch
Bayerisches Landesamt für Statistik
Präsident Prof. Godehard Ruppert
Otto-Friedrich-Universität Bamberg
- 13:30 Uhr **Messung und Ausmaß von Einkommensungleichheit und Armut**
Messung von Einkommensungleichheit und Armut
Dr. Markus M. Grabka
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
**Armutsquotenberechnung aus gerundeten Einkommensangaben:
Probleme und Lösungsmöglichkeiten**
Dr. Jörg Drechsler
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
Prof. Hans Kiesl
Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg
- 14:45 Uhr **Pause**
- 15:15 Uhr **„EU-SILC“ und „EVS“: reichhaltige Daten für die Armutsforschung**
Christian Globisch und Dr. Christina Wübbeke
Bayerisches Landesamt für Statistik
PASS – Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“
Anja Wurdack
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
**Verwaltungsdatennutzung in der wissenschaftlichen Armutsforschung:
Stichprobe integrierter Grundsicherungsbiografien**
Dr. Kerstin Bruckmeier und Dr. Torsten Lietzmann
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
SHARE – The Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe
Dr. Julie Korbmacher
Munich Center for the Economics of Aging
Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik
- 17:00 Uhr **Pause**
- 17:30 Uhr **Zeitliche und räumliche Betrachtungen**
Arbeitsmarktvermittelte Abgänge aus dem SGB II
Jonas Beste und Prof. Mark Trappmann
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das regionale Lohnniveau
Prof. Uwe Blien und Dr. Katja Wolf
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
Prof. Jan Mutl
EBS Universität für Wirtschaft und Recht
**Verteilung von Menschen mit niedrigen Löhnen in Großstädten –
Eine räumliche Analyse für Deutschland**
Anja Wurdack
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
- 19:00 Uhr **Ende erster Tagungstag**
- 19:30 Uhr **Conference Dinner (optional)**
Spezial-Keller (Biergarten und Gaststube)

Freitag, 22. Juli 2016

8:30 Uhr **Begrüßungskaffee**

9:00 Uhr **Altersarmut**

Konsum und Teilhabe von Älteren

Markus Holler

Internat. Institut für Empirische Sozialökonomie

Risikofaktoren für und Schutzmechanismen gegen eine niedrige Rente im Alter. Empirische Analysen auf der Grundlage abgeschlossener Versicherungsbiographien

PD Dr. Martin Brussig und Lina Zink

Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen

Kausale Beziehungen und Maßnahmen zur Verringerung von Armut

Der Anstieg von Armut in Deutschland

Dr. Andreas Haupt und Prof. Gerd Nollmann

Karlsruher Institut für Technologie

10:45 Uhr **Pause**

11:15 Uhr **Irrwege aus der Armut**

Prof. Christoph Butterwegge

Universität zu Köln

Bestimmung des Regelbedarfs: Vorgehensweise und methodische Kritik

Jürgen Wiemers

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Materielle Lebensbedingungen und Armutslagen von SGB-II-Leistungsempfängern: Messansätze und empirische Ergebnisse

Bernhard Christoph

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

13:15 Uhr **Verabschiedung**

13:30 Uhr **Tagungsende**

Vortrag

Messung von Einkommensungleichheit und Armut

Dr. Markus M. Grabka, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Zur Person:

Studium der Soziologie und Informatik an der TU Berlin, Promotion zum Dr. p.h. im Rahmen eines DFG-finanzierten Graduiertenkollegs an der TU-Berlin. Seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter am DIW Berlin in der Abteilung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP). Zu seinen Aufgaben zählt die regelmäßige Berichterstattung zur Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die OECD. Er ist Mitglied im Wissenschaftlichen Gutachtergremium der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Seine Forschungsinteressen liegen im Bereich der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung und der Gesundheitsökonomie.

Abstract:

Der Vortrag hat zum Ziel grundlegende Probleme der Messung von Einkommensungleichheit und relativem Armutsrisiko zu thematisieren. Hierbei werden unter anderen folgende Aspekte angesprochen, wie die Frage, was ist eine geeignete Datengrundlage zur Messung von Einkommensungleichheit und relativem Armutsrisiko? Wo liegen die Vor- bzw. Nachteile von Querschnitts- gegenüber Paneldaten? Welche Stichprobenverfahren sind zu präferieren? Sollte ein Oversampling bestimmter Teilgruppen der Bevölkerung gewählt werden? Welcher Interviewmode ist geeignet? Was ist die Analysepopulation und welche Auswirkung hat dies auf die Analyseergebnisse? Welche Messfehler können auftreten (zum Beispiel Item-, Unit- als auch partial Unit-Non-response) und wie sollte damit umgegangen werden? Welcher Referenzzeitpunkt bzw. Referenzperiode ist zu wählen (Monat, Jahr, Permanentes Einkommen)? Wie ist das zugrundeliegende Einkommenskonzept definiert (Empfehlungen der Canberra Group)? Wie werden nicht-monetärere Einkommenskomponenten berücksichtigt? Wie wirkt sich die Wahl der Bedarfsgewichtung auf die Analyseergebnisse aus? Wie sollten Ergebnisse präsentiert werden? Was sind geeignete Indikatoren zur Beschreibung von Einkommensungleichheit (Gini, Entropie-Maße, CV, Perzentils-Ratios, Dezile)? Welche alternativen Konzepte sind geeignet „Armut“ in einem Land zu beschreiben?

Vortrag

Armutsquotenberechnung aus gerundeten Einkommensangaben: Probleme und Lösungsmöglichkeiten

Dr. Jörg Drechsler, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Prof. Hans Kiesl, Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg

Zu den Personen:

Jörg Drechsler ist seit 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg und seit 2015 Adjunct Assistant Professor im „Joint Program in Survey Methodology“ an der University of Maryland, USA. Er studierte Betriebswirtschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg und wurde 2009 von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg promoviert. Im Jahr 2015 habilitierte er sich im Fach Statistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Seine Forschungsinteressen umfassen: Vertraulichkeit von Daten (data confidentiality), multiple Imputation und Datenverknüpfung (record linkage).

Hans Kiesl, Studium der Mathematik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen, Promotion in Statistik an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, danach Beschäftigungen beim Statistischen Bundesamt in Wiesbaden und am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg; seit 2010 Professor für Mathematik mit Schwerpunkt Statistik an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg (Forschungsinteressen: Stichproben- und Gewichtungungsverfahren, statistisches Matching).

Abstract:

Bei der Berechnung von Armuts- oder Ungleichheitsmaßen aus Befragungsdaten gibt es unterschiedliche methodische Probleme: Befragte verweigern die Antwort (fehlende Daten), antworten bewusst oder unbewusst nicht korrekt (Messfehler) oder geben ihr Einkommen nicht exakt, sondern nur über eine Intervallangabe preis (letzteres kann auch – wie im Mikrozensus – durch den Fragebogen bedingt sein).

Wie haben uns in unserer Untersuchung auf einen bisher in der Literatur eher vernachlässigten Aspekt konzentriert, nämlich das so genannte „Heaping“, d.h. das Runden auf „glatte“ (z.B. durch 100 oder 500 teilbare) Werte. Berechnet man mit den so gerundeten Werten Armutsquoten, sind die Ergebnisse verzerrt. Wir schlagen daher vor, die gerundeten Angaben durch eine mehrfache Imputation zu „entrunden“ und Armutsquoten mit den imputierten Daten zu berechnen, um einer Verzerrung der Schätzung entgegenzuwirken. Weil man Einkommensangaben nicht ansieht, wie stark sie tatsächlich gerundet wurden, ist eine gemeinsame Modellierung der Einkommensverteilung und des Rundungsmechanismus nötig. Unproblematisch ist dann die gleichzeitige Behandlung (über ein bayesianisches Imputationsverfahren) von gerundeten Angaben, Intervallangaben und fehlenden Werten. Wir stellen in diesem Vortrag unser Verfahren vor und zeigen am Beispiel der Erhebung „Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung (PASS)“, dass sich die geschätzte Armutsquote mit gerundeten bzw. „entrundeten“ Daten durchaus stark unterscheiden kann.

Vortrag

„EU-SILC“ und „EVS“: reichhaltige Daten für die Armutsforschung

Christian Globisch und Dr. Christina Wübbeke, Bayerisches Landesamt für Statistik

Zu den Personen:

Christian Globisch hat nach seinem Abschluss als Diplom-Kaufmann an der Universität Erlangen-Nürnberg im Jahre 2008 als Referent im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung in München angefangen und war fünf Jahre lang für die Durchführung des Zensus 2011 in Bayern zuständig. Im Anschluss widmete er sich als Referent der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013. Seit 1. Januar 2015 leitet er im Bayerischen Landesamt für Statistik das Sachgebiet 45 „Freiwillige Haushaltsbefragungen und Rechtspflege“

Christina Wübbeke arbeitete nach ihrem Abschluss als Diplom-Sozialwirtin zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für empirische Soziologie (IfeS) in Nürnberg. 2004 promovierte sie. Von 2004 bis 2015 war sie am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) überwiegend im Forschungsbereich „Erwerbslosigkeit und Teilhabe“ tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte lagen auf den Arbeitsmarktperspektiven Älterer und auf Fragen der Alterssicherung. Seit 2015 arbeitet sie als Referentin im Bayerischen Landesamt für Statistik im Sachgebiet 45 „Freiwillige Haushaltsbefragungen und Rechtspflege“.

Abstract:

Eine besondere Stärke der beiden amtlichen Erhebungen „EU-SILC“ und „EVS“ besteht darin, dass sie Armutsanalysen über den Aspekt der Einkommensarmut hinaus ermöglichen. Dabei bilden beide Befragungen jeweils unterschiedliche Facetten der Armut ab und unterscheiden sich auch in Design und Methoden deutlich voneinander:

EU-SILC – die „European Union Statistics on Income and Living Conditions“ –

- erlaubt einen multidimensionalen Ansatz der Armutsmessung. Erfasst sind:
 - Einkommen (sehr detailliert),
 - materielle Deprivation,
 - Wohnsituation und Wohnumgebung,
 - Gesundheit und Zugang zum Gesundheitswesen,
 - Bildung und
 - Arbeitsmarktbeteiligung.
- bildet eine wichtige Grundlage für die Sozialberichterstattung und für sozialpolitische Entscheidungen auf nationaler und EU-Ebene.
- dient insbesondere der Überprüfung des Fortschritts der EU-Mitgliedstaaten im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung (ein Kernziel der Europa-2020-Strategie).
- wird in Deutschland als jährliche (rotierende) Panelbefragung privater Haushalte durchgeführt.
- basiert auf einer Netto-Zufallsstichprobe von rund 13.000 freiwillig teilnehmenden Haushalten in Deutschland.

Die EVS – die „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ –

- ist die wichtigste Datenquelle für Analysen der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Deutschland.
- erlaubt eine differenzierte Messung der materiellen Armut:
 - direkte Messung über die Ausstattung von Haushalten mit langlebigen Gebrauchsgütern sowie über ausgaben- und konsumbasierte Maße (wie die relative Konsumarmut



oder der Anteil der Ausgaben zur Deckung der Grundbedürfnisse an den Gesamtausgaben eines Haushalts);

- indirekte Messung anhand der verfügbaren finanziellen Ressourcen von Haushalten (Einkommen, Geld- und Sachvermögen, Schulden).
- bildet die Basis für die Berechnung des Regelbedarfs in der Grundsicherung und für die Ermittlung des Wägungsschemas des Verbraucherpreisindex.
- ist eine wichtige Grundlage für die nationale Sozialberichterstattung sowie für die Verwendungsrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
- wird in Deutschland alle fünf Jahre als Querschnittserhebung durchgeführt (mit Pendanten auch in anderen Ländern der EU).
- verlangt von den freiwillig teilnehmenden Haushalten u.a., ihre Einnahmen und Ausgaben über ein Quartal hinweg detailliert in einem Haushaltsbuch festzuhalten.
- basiert auf einer Netto-Quotenstichprobe von rund 60.000 Haushalten in Deutschland und ist damit die größte Erhebung dieser Art innerhalb der EU.

Beide Datensätze stehen der Wissenschaft über das FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur Verfügung.

Vortrag

PASS – Panel „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“

Anja Wurdack, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Zur Person:

Anja Wurdack studierte Soziologie und Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg. Sie schloss 2011 ihr Studium mit dem Grad des Magister Artium (M.A.) ab. Seit April 2011 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im IAB. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Armutsforschung sowie der Georeferenzierung von administrativen Daten.

Abstract:

Mit dem „Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS) baut das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) einen neuen Datensatz für die Arbeitsmarkt-, Sozialstaats- und Armutsforschung in Deutschland auf, der eine neue empirische Grundlage für Wissenschaft und Politikberatung schafft. Die Studie ist im Rahmen der SGB-II-Forschung am IAB angesiedelt, deren gesetzlicher Auftrag es ist, die Wirkungen der Leistungen zur Eingliederung und der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts des SGB II zu untersuchen. Sie erlaubt jedoch aufgrund des komplexen Stichprobendesigns auch die Beantwortung von Fragen, die über diesen Rahmen weit hinausgehen. Durch seine hohen Fallzahlen und die jährliche Periodizität ist PASS eine neue zentrale Quelle für die Untersuchung des Arbeitsmarkts, der Armut und der Situation von SGB-II-Leistungsempfängern in Deutschland. Zentrale Fragestellungen, die mit dem Panel beantwortet werden können sind:

- Welche Wege führen aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II?
- Wie verändert sich die soziale und wirtschaftliche Lage der Haushalte im Leistungsbezug?
- Wie entwickeln sich Bewältigungsprozesse und Handlungsorientierungen betroffener Personen?
- Wie gestalten sich Kontakte zu den Trägern der Grundsicherung und wie sieht die institutionelle Handlungspraxis aus?

Aber auch über den Kernbereich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit hinaus bietet das PASS ein breites Fragenspektrum, das z.B. auch zahlreiche soziodemographische Merkmale oder subjektive Indikatoren (wie Zufriedenheit, Ängste und Sorgen, Erwerbsorientierung) beinhaltet.

Darüber hinaus steht PASS als eine mit administrativen Daten verknüpfte Version zur Verfügung: PASS-ADIAB. Damit können die Befragungsdaten gemeinsam mit den für die PASS-Teilnehmer verfügbaren administrativen Daten analysiert werden. Beide Datensätze sind für externe Wissenschaftler über das Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zugänglich.

Vortrag

Verwaltungsdatennutzung in der wissenschaftlichen Armutsforschung:

Stichprobe integrierter Grundsicherungsbiografien

Dr. Kerstin Bruckmeier und Dr. Torsten Lietzmann, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Zu den Personen:

Kerstin Bruckmeier studierte von 1998 bis 2004 Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Von 2004 bis 2014 war sie am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) als wissenschaftliche Mitarbeiterin beschäftigt. Zwischen 2012 und 2015 war sie zudem als post-doc am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Public Management des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) tätig, wo sie im Jahr 2012 ihre Promotion abschloss. Seit 2015 leitet sie die Forschungsgruppe Dynamik in der Grundsicherung am IAB. Zu ihren Forschungsthemen gehören Inanspruchnahme von Sozialleistungen und Bewegungen im Sozialleistungsbezug sowie Anreiz- und Verteilungswirkungen sozialrechtlicher Regelungen.

Torsten Lietzmann studierte von 1998 bis 2004 Soziologie mit Schwerpunkt empirische Sozialforschung an der Universität Bamberg und war anschließend bis 2008 bei TNS Emnid (Bielefeld) in der Marktforschung tätig. Seit Mai 2008 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im IAB in der Forschungsgruppe „Dynamik in der Grundsicherung“. Er schloss im Jahr 2014 seine Promotion an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg ab. Seine Forschungsschwerpunkte sind die dynamische Armuts- und Leistungsbezugsforschung sowie geschlechtsspezifische Muster von Leistungsbezug und Erwerbstätigkeit.

Abstract:

Mit der Umsetzung des vierten Bausteins der umfassendsten Arbeitsmarktreflexionen der letzten Jahrzehnte in Deutschland, der sog. Hartz-IV-Reform, im Jahr 2005 hat sich das soziale Sicherungssystem in Deutschland grundlegend gewandelt. Durch die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe zur bedarfsgeprüften Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II wurde der Übergang von einem drei- zu einem zweigliedrigen sozialen Sicherungssystem besiegelt. Neben den aktivierenden Elementen v. a. aus dem Bereich der Arbeitsförderung ist das neue Mindestsicherungssystem das zentrale Element in der staatlich organisierten Armutsbekämpfung. Die passiven Leistungen der Grundsicherung sollen ein Leben unterhalb des gesetzlich definierten soziokulturellen Existenzminimums verhindern. Seit seiner Einführung im Jahr 2005 unterstützte die Grundsicherung über 16 Millionen Menschen.

Mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhielt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) den gesetzlichen Auftrag, dessen Wirkungen regelmäßig und zeitnah zu untersuchen. Eine der zentralen Herausforderungen für das neue Forschungsfeld war der Aufbau von Datensätzen aus den Verwaltungsdaten zum Leistungsbezug mit dem Ziel eine geeignete Datenbasis für die wissenschaftliche Sozialleistungsforschung zu erschaffen. Mittlerweile stehen erstmalig in Deutschland umfangreiche Individualdaten aus der amtlichen Sozialverwaltung als Längsschnittdaten zur Erforschung der Dauer von Grundsicherungsleistungen zur Verfügung. Das IAB plant diese Daten externen Forscherinnen und Forschern über das Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im IAB unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Normen zugänglich zu machen. Dazu wurden am IAB die Integrierten Grundsicherungsbiografien entwickelt. Die Integrierten Grundsicherungsbiografien SGB II bestehen aus Daten zum Leistungsbezug nach SGB II von Personen und ihren Haushalten. Zusätzlich werden personenbezogene Informationen zu Er-



werbstätigkeit, Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Arbeitsuche und Arbeitslosengeld-I-Bezug aus anderen IAB-Datenprodukten hinzugespielt. Die Daten werden als 10 %-Stichprobe der historisierten Daten zu Leistungsbeziehern und ihren Haushalten für die Forschung bereitgestellt. Für die Armuts- und Leistungsbezugsforschung zeichnet sich der Datensatz durch hohe Fallzahlen sowie umfassende und genaue Informationen zu Haushaltskontext, Leistungsbezug, Erwerbstätigkeit und Maßnahmenteilnahme in einer Verlaufsperspektive aus. In diesem Beitrag wird nach einer Übersicht über die Datengrundlage und die Zugangsmöglichkeiten das Analysepotential beispielhaft anhand einiger ausgewählter Fragestellungen aufgezeigt.

Vortrag

SHARE – The Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe

Dr. Julie Korbmacher, Munich Center for the Economics of Aging,

Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik

Zur Person:

Julie Korbmacher arbeitet seit 2008 für die zentrale Koordination des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE), erst am Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel und seit 2011 am Munich Center for the Economics of Aging (MEA) des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik. Seit Oktober 2014 leitet sie die Abteilung 'SHARE Research Projects' welche verschiedene Zusatzprojekte wie die Verknüpfung der Umfragedaten mit administrativen Daten oder die Erhebung biometrischer Daten des SHARE koordiniert. Ihr Forschungsinteresse liegt hauptsächlich in methodologischen Fragestellungen zum Beispiel zu Interviewer Effekten und Datenqualität. Dabei steht der Einfluss der Interviewer auf die Entscheidung der Zielpersonen an der Befragung bzw. bestimmten Zusatzprojekten innerhalb der Befragung teilzunehmen, im Vordergrund. Ihr Studium der Sozialwissenschaften absolvierte sie 2008 an der Universität Mannheim. 2014 beendete sie ihre Promotion im Fach Statistik an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Abstract:

Der vorgeschlagene Beitrag soll den Datensatz SHARE vorstellen und dessen Potential zur Messung von Armut und Einkommensungleichheit aufzeigen. Der Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) ist eine multidisziplinäre Längsschnittstudie zur Erforschung sozialer, wirtschaftlicher und gesundheitlicher Lagen alternder Menschen in Europa. Er wurde erstmals 2004 als repräsentative Befragung der Bevölkerung in der Altersgruppe 50plus in 11 europäischen Ländern erhoben. Mittlerweile stehen Daten aus 20 europäischen Ländern und Israel zur Verfügung und es wurden rund 123.000 Menschen in mehr als 293.000 Interviews befragt. Die aufbereiteten Daten und deren Dokumentation stehen weltweit allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern kostenfrei zur Verfügung. SHARE ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Pfeiler des Europäischen Forschungsraums geworden.

Von besonderer Bedeutung für die Erforschung von Einkommensungleichheit und Armut stellt das Projekt SHARE-RV dar, welches die Umfragedaten der deutschen Teilstichprobe mit ausgewählten administrativen Daten der Deutschen Rentenversicherung direkt verknüpft. Durch diese Verknüpfung entsteht ein umfassender Datensatz, der zusätzlich zu den sehr detaillierten Umfragedaten auch amtliche Prozessdaten derselben Person enthält. Diese Prozessdaten sind besonders interessant für die Messung von Armutsrisiken, da sie die komplette Erwerbshistorie der Befragten monatsgenau abbilden. Durch die Verknüpfung mit SHARE, können diese detaillierten Informationen im Haushaltskontext betrachtet und um wichtige biographische Lebensereignisse erweitert werden.

Vortrag

Arbeitsmarktvermittelte Abgänge aus dem SGB II

Jonas Beste und Prof. Mark Trappmann, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Zur Person:

Jonas Beste ist seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Bereich der Panelstudie „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS). Von 2002 bis 2006 studierte er Sozialwissenschaften (B.A.) an der Universität Siegen und von 2006 bis 2008 Sozialwissenschaften (M.A.) an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Armut- und Einkommensforschung sowie der Survey Methodologie.

Mark Trappmann, Prof. Dr., leitet seit 2007 den Forschungsbereich „Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ und die gleichnamige Längsschnitterhebung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Zudem ist er seit 2012 Professor für Soziologie, insbesondere Survey-Methodologie, an der Universität Bamberg.

Abstract:

Veränderungen in der Erwerbssituation einer Person haben eine zentrale Bedeutung für Abgänge aus dem SGB-II-Leistungsbezug. Auf der Grundlage der Panelerhebung „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS), wird in dieser Studie untersucht, welche Faktoren mit Abgängen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende in eine Erwerbstätigkeit assoziiert sind. Hierbei wird insbesondere die Prävalenz von multiplen Vermittlungshemmnissen und deren Einfluss auf die Abgangschancen betrachtet. Zu den relevanten Arbeitsmarkthemmnissen zählen fehlende Schul- und Berufsabschlüsse, gesundheitliche Einschränkungen, geringe Deutschkenntnisse, ein höheres Lebensalter, Betreuungspflichten gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen und der Langzeitbezug von Grundsicherungsleistungen. Zudem weist die Mehrheit der Grundsicherungsempfängerinnen und -empfänger gleich mehrere dieser Hemmnisse auf. Diese Kombination aus der hohen Prävalenz multipler Hemmnisse mit sehr geringen Abgangschancen für Personen, die viele Hemmnisse auf sich vereinen, ist eine Erklärung für die vergleichsweise geringe Dynamik im SGB II. Die Analyse lehnt sich stark an die Arbeit von Achatz und Trappmann (2011) an, erweitert diese aber an einigen Punkten aufgrund der in Folge der Verfügbarkeit von inzwischen acht Erhebungswellen besseren Datenlage.

Vortrag

Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf das regionale Lohnniveau

Prof. Uwe Blien und Dr. Katja Wolf, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Prof. Jan Mutl, EBS Universität für Wirtschaft und Recht

Zu den Personen:

Uwe Blien beendete 1980 sein Studium der Volkswirtschaftslehre und Soziologie mit dem Diplom. 1986 promovierte er zum Doktor der Wirtschaftswissenschaft an der Universität Regensburg. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Regensburg sowie am Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim. 1999 habilitierte er für Volkswirtschaftslehre an der Universität Kaiserslautern. 1990 begann er seine Tätigkeit für das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Seit 2002 ist er Leiter des Forschungsbereichs „Regionale Arbeitsmärkte“. Seit 2008 ist er außerdem Professor an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Von 2010 bis 2014 war er erster Vorsitzender der „Gesellschaft für Regionalforschung“ (GfR), der deutschsprachigen Sektion der European Regional Science Association (ERSA). Seine aktuellen Forschungsinteressen gelten u.a. der regionalen Lohnentwicklung, der regionalen Evaluation von Arbeitsmarktpolitik und den Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die regionale Beschäftigung.

Katja Wolf studierte von 1992 bis 1998 Volkswirtschaftslehre an der Universität Erlangen-Nürnberg (Dipl.-Volkswirtin). 1999/2000 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im IAB im Arbeitsbereich „Statistische Analysen und regionale Arbeitsmarktfor-schung“. In den Jahren 2002–2004 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie der Universität Erlangen-Nürnberg. Seit Abschluss ihrer Promotion im März 2004 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im IAB. Ihr aktuellen Forschungsinteressen sind u.a. Evaluation von Arbeitsmarktpolitik und regionale Lohnentwicklung.

Jan Mutl, Prof. PhD, lehrt und forscht seit 2011 im Bereich Immobilienökonomie an der EBS Business School. Er ist seit Januar 2015 Leiter des Real Estate Management Institutes (REMI) der EBS Business School. Seine Forschungsschwer-

punkte liegen in den Bereichen der empirischen Wirtschaftsforschung insbesondere mit Immobilienbezug, sowie in theoretischer Ökonometrie, wo er an statistischen Methoden für Raum-, Zeit- und Paneldatenmodelle arbeitet.

Abstract:

Für die regionalen Arbeitsmärkte der Bundesrepublik Deutschland sind große Lohnunterschiede maßgeblich, die bis zu 100 % erreichen. Für diese Unterschiede gibt es eine Reihe von Gründen, die unter anderem mit der Qualifikations-, der Betriebsgrößen- und der Industriestruktur in Verbindung stehen. Darüber hinaus gibt es Effekte der regionalen Arbeitslosigkeit, die ebenfalls zu den regionalen Lohn Differenzen beitragen. Im Westen der Republik führt eine Verdoppelung der regionalen Arbeitslosigkeit zu 4 bis 5 % weniger Lohn. Dieser Unterschied besteht fort auch bei Kontrolle (oder „Herausrechnung“) vieler individueller und betrieblicher Merkmale. Er führt dazu, dass durch Arbeitslosigkeit benachteiligte Regionen ein zweites Mal negativ betroffen werden, denn in ihnen ist auch das Lohnniveau niedriger.

Vortrag

Verteilung von Menschen mit niedrigen Löhnen in Großstädten – Eine räumliche Analyse für Deutschland

Anja Wurdack, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Zur Person:

Anja Wurdack studierte Soziologie und Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg. Sie schloss 2011 ihr Studium mit dem Grad des Magister Artium (M.A.) ab. Seit April 2011 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im IAB. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Armutsforschung sowie der Georeferenzierung von administrativen Daten.

Abstract:

Zur Existenz und Verbreitung von Niedriglohnbeschäftigung liegen vielfältige Forschungsbefunde vor. Dagegen gibt es wenige wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, wo Niedriglohnbezieher ansässig sind. Georeferenzierte Daten erlauben es erstmals, ihre innerstädtische räumliche Verteilung über Städte hinweg vergleichend sichtbar zu machen und zu untersuchen.

Die Datenbasis für die vorliegende Analyse bilden die Integrierten Erwerbsbiographien (IEB) des IAB für das Jahr 2009. Die IEB enthalten unter anderem Informationen über sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, die in den administrativen Prozessen der Bundesagentur für Arbeit erzeugt werden.

Das Projekt „Nachbarschaftseffekte: Die Analyse individuell-rationalen Verhaltens im sozialen Kontext“ wurde durch die Wissenschaftsgemeinschaft Leibniz gefördert und in Kooperation mit dem RWI und dem DIW durchgeführt. Dabei wurde jede Person in der IEB zum 30.06.2009 mit einer Geokoordinate versehen, die ihren Wohnort beschreibt, und mit deren Hilfe einem kleinräumigen Gebiet (500 m x 500 m) zugeordnet.

Der Segregationsindex (SI) misst die räumliche Ungleichverteilung der Niedriglohnbezieher innerhalb einer Stadt. Die Anzahl der Niedriglohnbezieher in einer Rasterzelle wird zu den Niedriglohnbeziehern in der gesamten Stadt ins Verhältnis gesetzt und mit dem Verhältnis der Nicht-Niedriglohnbezieher in Rasterzelle und Stadt verglichen. Zu den Niedriglohnbeziehern werden dabei alle Beschäftigten gezählt, die weniger als 2/3 des stadtsspezifischen Medianlohns verdienen. Diese Definition berücksichtigt, dass das allgemeine Einkommensniveau in den Städten sehr unterschiedlich sein kann.

Beispielhaft wird anhand mehrerer deutscher Großstädte gezeigt, wie sich die Niedriglohnbezieher kleinräumig innerhalb einer Stadt verteilen. Berlin und Hamburg gehören neben Frankfurt und Leipzig zu den am stärksten segregierten Großstädten. Der visuelle Vergleich von Berlin, Ham-



burg und München zeigt einige interessante Unterschiede. Berlin zeigt große Flächen, die von einem hohen Anteil an Niedriglohnbeziehern bewohnt werden, während München die geringste Konzentration von Niedriglohnbeziehern aufweist.

Vortrag

Konsum und Teilhabe von Älteren

Markus Holler, Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie

Zur Person:

Markus Holler, M. A, studierte Soziologie und ist seit 2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES). Im Rahmen seiner Tätigkeit war er an verschiedenen Projekten der Sozial- und Armutsberichterstattung beteiligt und u.a. mit der Auswertung amtlicher Mikrodaten betraut. Weitere Arbeitsgebiete von Herr Holler sind die Themengebiete Arbeitsbedingungen und Ältere.

Abstract:

Neben Konzepten der indirekten Armutsmessung, die monetäre Ressourcen und darunter vor allem das Einkommen in den Fokus der Untersuchung stellen, sind auch das Vermögen sowie die direkte Messung der Ressourcenverwendung von Bedeutung für die Analyse von materieller Teilhabe. In einem Teilvorhaben des aktuell noch laufenden, vom BMBF geförderten dritten Berichts zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland (soeb 3), wird auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamtes 1998-2013 die Ressourcenausstattung (Einkommen und Vermögen) und Ressourcenverwendung von Haushalten untersucht, deren Haupteinkommen von Personen ab 50 Jahren bezogen wird. Dargestellt werden Unterschiede zwischen soziodemographischen Gruppen und die Entwicklung der materiellen Teilhabemöglichkeiten bzw. der materiellen Teilhabe im Zeitverlauf.

Vortrag**Risikofaktoren für und Schutzmechanismen gegen eine niedrige Rente im Alter.
Empirische Analysen auf der Grundlage abgeschlossener Versicherungsbiographien**

PD Dr. Martin Brussig und Lina Zink, Institut Arbeit und Qualifikation

Zu den Personen:

Martin Brussig, Dipl. Soziologie, Dr. phil., Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Universität Duisburg-Essen, leitet dort die Forschungsabteilung „Arbeitsmarkt – Mobilität – Integration“. Forschungsschwerpunkte: Alterserwerbstätigkeit, Arbeitsmarktpolitik, Soziale Sicherung.

Lina Zink, M.A. Soziologie und Geschichte, Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ), Universität Duisburg-Essen, Mitarbeiterin in der Forschungsabteilung „Arbeitsmarkt – Mobilität – Integration“. Forschungsschwerpunkte: Alterssicherung und Arbeitsmarktpolitik.

Abstract:

Die Rentenreformen der vergangenen beiden Jahrzehnte, der Strukturwandel auf Arbeitsmärkten und veränderte Erwerbsbiografien haben Diskussionen über die Leistungsfähigkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung befördert. Die aktuellen Diskussionen berücksichtigen jedoch zu wenig, welche Versicherungsverläufe konkret zu niedrigen Rentenansprüchen geführt haben. Für die sozialpolitische Diskussion ist es aber von erheblicher Bedeutung, ob niedrige Renten etwa aufgrund von langjähriger Teilzeittätigkeit mit guten Stundenlöhnen, aufgrund langjähriger Vollzeittätigkeit im Niedriglohnbereich oder aufgrund von Einkommenslücken entstanden sind. Für die sozialwissenschaftliche Diskussion sind Fragen zur Mobilität im Erwerbsverlauf und zur Dauerhaftigkeit von Erwerbsunterbrechungen bzw. von Phasen mit niedrigen bzw. un stetigen Erwerbseinkommen von großem Interesse.

Der Vortrag stellt Ergebnisse aus einem laufendem Projekt vor, in dem Erwerbsverläufe von Männern und Frauen mit niedrigen Altersrenten untersucht werden. Besonderes Gewicht liegt auf einer möglichst genauen Betrachtung der drei für den Rentenanspruch maßgeblichen Komponenten „Versicherungsdauer“, „Erwerbseinkommen“ und „Arbeitszeit“.

Die Ergebnisse beruhen auf einer außerordentlich reichhaltigen Datengrundlage (BASiD 2007), die der Wissenschaft seit Anfang 2012 zur Verfügung steht. Gegenüber anderen Datensätzen zeichnet sich BASiD durch ein erweitertes Merkmalspektrum hinsichtlich erwerbsverlaufsbezogener Risiken sowie durch die für Sozialdaten typische hohe Genauigkeit der erfassten Merkmale und große Fallzahl von Versicherungsverläufen aus.

Vortrag

Der Anstieg von Armut in Deutschland

Dr. Andreas Haupt und Prof. Gerd Nollmann, Karlsruher Institut für Technologie

Zu den Personen:

Andreas Haupt, Dr. phil., geb. 1983, Studium der Soziologie, Philosophie und Linguistik an der Friedrich-Schiller Universität Jena. Seit 2008 akademischer Mitarbeiter am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Promotion 2014 am KIT. Seit 2015 Leiter der Nachwuchsgruppe „Economic Inequality and Labor Markets“ am KIT. Forschungsschwerpunkte: Armut und Reichtum, Lohnungleichheit und Berufe, Experimentelle Spieltheorie.

Gerd Nollmann, Prof. Dr. phil., geb. 1967, Bankkaufmann, Studium der Sozialwissenschaften und Philosophie 1991–1996, Promotion 1996, Lektor und Programmleiter Westdeutscher Verlag/Gabler/Deutscher Universitäts-Verlag 1996–2000, Marketing- und Vertriebsleiter Vandenhoeck & Ruprecht 2000–2001, derzeit Professor für Soziologie am Karlsruher Institut für Technologie. Forschungsschwerpunkte: Sozialstrukturanalyse, Einkommensungleichheit, Arbeits- und Finanzmarktsoziologie.

Abstract:

Seit den 1990er Jahren ist die Armutsrisikoquote in Deutschland deutlich gestiegen. Wir diskutieren, wie dieser Anstieg erklärt werden kann, und zeigen, dass die Erklärung erhöhter Armutsrisikoquoten Veränderungen ökonomischer Lagen und veränderte Populationshäufigkeiten von Haushaltstypen simultan betrachten muss. Die Dekomposition unbedingter Quantilregressionen ist dafür ein geeignetes Instrument. Auf Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels werden Hypothesen zum Einfluss von Arbeitsmarkt, Demografie und öffentlichen Umverteilungen geprüft. Hinter dem jüngsten Anstieg der Armutsrisikoquote verbergen sich überlagernde Prozesse. Während die Verschärfung des Armutsrisikos ganz überwiegend dem Arbeitsmarkt zuzurechnen ist, haben Rentenpolitik und demografische Faktoren die Armutsrisikoquote markant gedämpft. Öffentliche Umverteilungen weisen insgesamt einen überraschend geringen Einfluss auf die Armutsrisikoquote auf.

Vortrag

Irrwege aus der Armut

Prof. Christoph Butterwegge, Universität zu Köln

Zur Person:

Christoph Butterwegge, Prof. Dr. rer. pol., lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Forschungsschwerpunkte: Sozialstaatsentwicklung und Armut; Rechtsextremismus, Rassismus und (Jugend-)Gewalt; Migrations- und Integrationspolitik. Jüngste Buchveröffentlichungen: Krise und Zukunft des Sozialstaates, 5. Aufl. Wiesbaden 2014; Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?, 2. Aufl. Weinheim/Basel 2015; Reichumsförderung statt Armutsbekämpfung. Eine sozial- und steuerpolitische Halbzeitbilanz der Großen Koalition, Wiesbaden 2016

Abstract:

Heftig umstritten ist nicht bloß, was Armut in einem reichen Land wie der Bundesrepublik bedeutet, sondern auch, mit welchen Maßnahmen ihr am effektivsten zu begegnen wäre. In der (Medien-)Öffentlichkeit gelten Arbeit und Bildung als die beiden am ehesten geeigneten Mittel, um die Armut zu verringern und deren Neuentstehung zu verhindern. Davon kündeten Slogans wie „Sozial ist, was Arbeit schafft“ oder „Aufstieg durch Bildung“, die fast über alle Parteigrenzen hinweg auf breite Zustimmung stoßen und den politischen Umgang mit Armut hierzulande entscheidend bestimmen. Als mögliche Ergänzung des bestehenden Sozialstaates, wenn nicht als Ersatz für diesen wird oft das bedingungslose Grundeinkommen genannt, von dem sich seine Befürworter eine auskömmliche Existenz für alle Gesellschaftsmitglieder versprechen.

Alle drei Strategien der Armutsbekämpfung hält der Referent für Irrwege: erstens die Vorstellung, über einen „aktivierenden Sozialstaat“ mehr Beschäftigung erreichen und so die Armut der Erwerbslosen beseitigen zu können; zweitens das sehr populäre Konzept, den Armen durch Errichtung einer „Bildungsrepublik“ bessere Aufstiegschancen zu eröffnen; drittens die ebenso alte wie aktuelle, wenn gleich eher utopisch anmutende Idee, die Armut mit Hilfe eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), das allen Wohnbürger(inne)n unabhängig von ihrer materiellen Situation gezahlt wird, aus der Welt schaffen zu können.

Vortrag

Bestimmung des Regelbedarfs: Vorgehensweise und methodische Kritik

Jürgen Wiemers, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Zur Person:

Jürgen Wiemers studierte von 1991 bis 1997 Volkswirtschaftslehre an der Universität Paderborn. Von 1997 bis 2001 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl „Ökonometrie und Statistik“ der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Im Anschluss war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) tätig. Seit Oktober 2005 arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Abstract:

Entscheidungen über die Höhe der Sozialleistungen nach dem SGB II und XII – auch als Regelbedarfe bezeichnet – sind grundsätzlich normativ geprägt. Die Frage, welche Höhe der Regelbedarfe angemessen ist, kann daher letztlich nur im politischen Raum entschieden werden. Das Verfahren zur Bestimmung der Regelbedarfe ist allerdings einer methodischen Betrachtung zugänglich. Der Vortrag beschreibt zunächst das derzeit verwendete Verfahren zur Regelbedarfsermittlung, das als Statistikmodell mit Warenkorb-Elementen charakterisiert werden kann. Im Anschluss daran werden die Möglichkeiten und Grenzen der Regelbedarfsermittlung im Rahmen des Statistikmodells sowie Möglichkeiten für eine Weiterentwicklung des Modells diskutiert.

Vortrag

Materielle Lebensbedingungen und Armutslagen von SGB-II-Leistungsempfängern:

Messansätze und empirische Ergebnisse

Bernhard Christoph, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Zur Person:

Nach seinem Abschluss in Sozialwissenschaften an der HU-Berlin war Bernhard Christoph zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA, heute Gesis) und dem Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung (MZES). Seit Mitte 2006 ist er am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg beschäftigt. Dort ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich E1 „Bildungs- und Erwerbsverläufe“ sowie Leiter der Arbeitsgruppe Berufsforschung. Er arbeitet u.a. zu beruflichen Tätigkeitsinhalten, Armutsmessung sowie erhebungsmethodologischen Fragestellungen.

Abstract:

Die Empfänger von Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB-II gehören sicherlich zu den Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik, die in besonderer Weise von Einschränkungen ihrer materiellen Lebensbedingungen betroffen sind. Allerdings dürften insgesamt betrachtet die aus Einkommensunterschieden resultierenden Differenzen in den materiellen Lebensbedingungen der Leistungsempfänger relativ überschaubar und zu nicht unerheblichen Teilen aus den gesetzlichen Regelungen abzuleiten sein. Neben Einkommensdifferenzen die sich aufgrund unterschiedlicher Haushaltsgrößen bzw. Strukturen ergeben, sollte das Einkommen der Leistungsempfänger lediglich aufgrund gesetzlich klar definierter Sachverhalte variieren, wie beispielsweise wegen erhöhter Bedarfe (z.B. bei Alleinerziehenden), durch den Erhalt von Aufwandsentschädigungen (z.B. im Rahmen von sogenannten „1-Euro-Jobs“) oder durch sonstige Zuverdienste (im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Freibeträge). Andere ebenfalls lebensstandardrelevante Aspekte werden hingegen aus der Einkommensperspektive nicht oder nur unzureichend erfasst: hierzu gehören z.B. Unterschiede in der Konsumgüterausstattung zu Beginn des Leistungsbezugs. Diese sind nicht zuletzt deshalb von Relevanz, weil eventuell notwendige Ersatzanschaffungen langlebiger Konsumgüter während des Leistungsbezugs nicht unproblematisch sein können. Ein weiterer für den Lebensstandard nicht unerheblicher Faktor dürfte sein, ob bzw. in welchem Umfang die Betroffenen noch über Schonvermögen oder andere Ressourcen (wie z.B. Unterstützungsleistungen durch Verwandte) verfügen, die zumindest temporär zu einer Verbesserung ihres Lebensstandards beitragen können.

Aus allen diesen Gründen dürfte eine nicht einkommensbasierte Untersuchung der materiellen Lebensbedingungen von SGB-II-Leistungsempfängern ein nicht unerhebliches analytisches Potential aufweisen. Am Anfang der Präsentation wird es daher zunächst um unterschiedliche Ansätze zur Erfassung materieller Lebensbedingungen und darauf aufbauende Möglichkeiten zur Armutsdefinition gehen.



Die anschließenden empirischen Analysen stellen dann Beispiele für die Anwendung der zuvor besprochenen Ansätze dar. Dabei werden die materiellen Lebensbedingungen der SGB-II-Leistungsempfänger zunächst mit Daten der IAB-Studie Panel ‚Arbeitsmarkt und soziale Sicherung‘ (PASS) anhand des sogenannten Deprivationsansatzes (vgl. z.B. Townsend 1979; Mack/Lansley 1985; Andreß/Lipsmeier 1995, 2001; Lipsmeier 1999) untersucht, der die materielle Lage über die Verfügbarkeit bzw. die Nicht-Verfügbarkeit unterschiedlicher Güter operationalisiert.

Eine weitere Möglichkeit zur Erfassung der materiellen Lebensbedingungen ist die Untersuchung von Konsumausgaben (vgl. z.B. Meyer/Sullivan 2003, 2011; Noll 2007). Daher werden im zweiten Teil der empirischen Analysen die Ausgaben und Ausgabenstrukturen der SGB-II-Leistungsempfänger mit Hilfe der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des statistischen Bundesamtes untersucht, bevor im abschließenden Fazit nochmals zusammenfassend die Relevanz nicht einkommensbasierter Lebensstandard- und Armutsmaße für die Untersuchung der materiellen Lebensbedingungen der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II herausgearbeitet werden wird.

www.statistik.bayern.de/statistiktage2016